

# Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Sonntag, den 19. März 1882.

Nr. 133.

## Deutschland.

Berlin, 18. März. In der „Nordd. Allg. Ztg.“ werden, wie es scheint, Maßregeln gegen die Einfuhr amerikanischen Fleisches vorbereitet. Das Blatt bringt einen längeren Artikel, in welchem deutsche und amerikanische Zeugnisse dafür angeführt werden, daß zur Herstellung des amerikanischen konservierten Büchsenfleisches vielfach trichinöse Schweine, krankes Rindvieh u. verwendet wurde; der Artikel schließt:

Nach Feststellung dieser, das öffentliche Interesse so tief berührenden Thatsache werden Zweifel darüber entstehen können, ob das unter dem 25. Juni 1881 in Deutschland erlassene Einfuhrverbot für gehacktes, zerhacktes oder sonst zubereitetes amerikanisches Schweinefleisch für den sanitätspolizeilichen Schutz sich als ausreichend erweisen dürfte; die gleichen Besorgnisse haben Oesterreich-Ungarn veranlaßt, ein absolutes Einfuhrverbot für amerikanisches Fleisch und Fleischpräparate jeder Art zu erlassen. Die Antwortnote des Ministers des Aeußern in Wien an den nordamerikanischen Gesandten auf dessen Protest gegen das Einfuhrverbot amerikanischer Fleischwaren wies darauf hin, daß die Intention der Bestimmung des Artikels 5 des Handels- und Schifffahrtsvertrages vom 27. August 1829 unmöglich so weit gehen könne, den Vertrag schließenden Theilen zu untersagen, zur Wahrnehmung ihrer Sanitäts-Interessen die durch die Verhältnisse gebotenen Schutzmaßregeln zu ergreifen. Der im Jahre 1879 in Amsterdam abgehaltene Sanitätskongreß hat sich einstimmig dafür ausgesprochen, daß die Einfuhr amerikanisches Schweinefleisches und anderer Produkte von Schweinen nach Europa zu verbieten wäre.

Die „Germania“ war dieser Tage sehr empfindlich, als wir darauf hinwiesen, wie die Bedeutung der jüngsten Ankündigung der „Prov.-Korr.“ über die veränderten Dispositionen der Regierung für die parlamentarischen Verhandlungen darin liege, daß der Reichstag früher über das Monopol als der Landtag über die kirchenpolitische Vorlage entscheiden soll. Ein dem Centrum angehöriger hiesiger Korrespondent des „Westf. Mer.“ gesteht dagegen diese Bedeutung der neuen Disposition nicht nur, sondern er läßt sogar durchblicken, daß sie in der Uneinigkeit des Centrums betreffs des Monopols ihre Begründung findet; er schreibt:

Die kirchenpolitische Vorlage resp. ihre endgültige Gestaltung ist das Damoklesschwert, welches während der Beratungen über die Monopolvorlage über den Häuptern der Centrumsfraktion schweben wird. Wir wollen ganz offen sein und geradezu sagen: das ist sehr schlaue Überlegt! Aber trotz aller unserer Liebe zur Kirche wollen wir doch nicht für das Monopol stimmen, um den Frieden zu erkaufen. Die Elsaß-Lothringer werden jedenfalls ohne Unterschied der Parteirichtung für dasselbe stimmen und auch in Württemberg, Baden und Baiern hat das Projekt manche Sympathien. Mag daher jeder Abgeordnete mit sich selbst oder seinen Wählern ausmachen, wie er stimmen will. Eine Frage, welche mit den Grundprinzipien des Centrums zusammenhinge, ist die vorliegende nicht; auch ein Freund des Monopols kann ein guter Centrumsmann und Katholik sein. Wir hoffen aber, daß die große Majorität unserer Fraktion ihre Stimme gegen das Monopol abgeben werde; besonders die Herren aus dem Norden wünschen wir einträchtig in der Opposition zu sehen.

Aus Petersburg geht der „Nat.-Ztg.“ auf indirektem Wege folgendes Privat-Telegramm zu:

Petersburg, 17. März. In Abels-Reisen verlautet, die Kaiserin werde Ende Mai zu mehrmönatlichem Aufenthalt nach Dänemark reisen. Im Spätsommer siedelt der Hof nach Moskau über, wohin sich auch die Kaiserin nach ihrer Rückkehr begiebt. Man schließt hieraus, daß die Krönung für den Monat August festgesetzt sei.

Wie der „St. James Gazette“ aus Kopenhagen gemeldet wird, versichert man dort, Kaiser Alexander habe vollgültige Beweise dafür erhalten, daß die Militäristen ihre Morbpolitik gegen den Zaren und die kaiserliche Familie aufgegeben haben. In Folge dessen habe er beschlossen, die deportirten politischen Verbrecher, sowie auch einige der zum Tode verurtheilten zu begnadigen. Der Kaiser glaubt die Lage zu sein, Gerechtigkeit mit Milde zu üben.

Die Budgetkommission beschloß heute, die ihr überwiesenen Anträge des Abg. Kropatschek auf alsbaldigen Erlaß eines Pensionsgesetzes für Volksschullehrer, des Abg. Platen auf Erlaß eines solchen Gesetzes und Bewilligung von Alterszulagen nicht in weitere Beratung zu ziehen, da dieselben auf die Gestaltung des Etats pro 1882—83 keinen Einfluß haben. Der von der Fortschrittspartei gestellte Antrag, wonach den Emeriten ein Minimalbetrag von 600 Mark schon in diesem Etat gewährt werden soll, wurde abgelehnt. Von den der Kommission weiter überwiesenen Anträgen auf Gewährung eines Staatszuschusses für die Gymnasien in Schweidnitz und Montabaur wurde der für Schweidnitz angenommen, der für Montabaur abgelehnt; ebenso wurde der Antrag Thienius auf Errichtung eines Seminars in Dillenburg abgelehnt.

Se. Majestät sind gestern beim Verlassen des Akademieggebäudes auf der untersten Treppstufe ausgeglitten und haben durch den Fall eine leichte Kontusion des rechten Ellenbogens und Knies, sowie des linken Knöchels erfahren. Allerhöchstselbst ist in Folge dessen genöthigt das Zimmer zu hüten. Der Kaiser ließ sich jedoch am Vormittag von den Hofmarschällen Vorträge halten und arbeitete mit dem General-Lieutenant v. Albedyll.

Ueber die Vorgänge in der polnischen Landtagsfraktion anlässlich des beabsichtigten „General-Antrags“ berichtet die „Pos. Ztg.“:

Die Angelegenheit ist Gegenstand längerer Beratungen und Erörterungen gewesen. In einer der letzten Fraktionsitzungen, in welchen sie besprochen wurde, wurde von einem Fraktionsmitgliede beantragt, daß nachstehende Anträge bei dem Hause der Abgeordneten eingebracht werden:

1. Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen, daß alle Bestimmungen, ob sie im Wege der Gesetzgebung oder auf Grund von Reskripten höherer und niedriger Verwaltungsbehörden erlassen sind, soweit sie mit den durch die Wiener Verträge den Polen zugesicherten Rechten im Widerspruch stehen, aufgehoben werden, und daß die in jenen Verträgen enthaltenen Zusicherungen Beachtung finden im Gerichtswesen, in der Verwaltung, in der Schule und auf dem kirchlichen Gebiete.

2. Das Abgeordnetenhaus wolle die Regierung auffordern, das besonders in letzter Zeit gegen die polnische Bevölkerung in Preußen gehandhabte „Ausrottungssystem“ einzustellen, sowie die Regierung zu einem solchen Verhalten veranlassen, das mit den auf Grund der Wiener Verträge zugesicherten Gesetzen im Einklange steht.

3. Das Haus der Abgeordneten wolle die Regierung auffordern, daß diese amtliche Dokumente vorlege und Thatsachen vorführe, aus denen man sich von der Wirklichkeit und dem Umfange der polnischen Agitation, die „angeblich“ dem Staate gefährlich sein soll, überzeugen könnte.

Der erste und zweite Antrag fand bei 5 Fraktionsmitgliedern Anklang; Gegner dieser Anträge waren 10 Abgeordnete; für die Einbringung des dritten Antrages erklärten sich nur 3 Fraktionsmitglieder.

Ueber die wendische Agitation wird der „Trib.“ aus Görlitz geschrieben:

„Bezüglich Ihres Artikels, betreffend eine pan-slawistische Agitation unter den Wenden der Lausitz, kann ich Ihnen mittheilen, daß auch mir wiederholt von Geschäftsfreunden Bausens versichert worden ist, die wendische ärmere Bevölkerung, namentlich vom Lande, zahle schon längere Zeit und öfter ihre Bedürfnisse in Rubelscheinen.“

Da diese Mittheilungen ohne besondere Anregung und nur im Laufe allgemeiner Unterhaltung gemacht sind, so scheint die Sache doch tiefer zu liegen und sich nicht nur auf einen Schwärmer zu beschränken. Ich will das Faktum hiermit nur bestätigen, daß die Herren Russen es nicht verschmähen, ihre Beglückungsversuche selbst bei dem nur kleinen Stamm der Lausitzer Wenden ebenfalls in Szene zu setzen.

Der „Kronstädter Bot“ veröffentlicht die bei Gelegenheit der Feier des Jahrestags der Thronbesteigung des Kaisers Alexander III. vom Militär-Gouverneur und General-Lieutenant Kosakewitsch in Kronstadt gehaltenen Rede. In derselben heißt es: „Der gesunde Menschenverstand sagt uns, das jedes starke Reich sich dann frei entwickeln kann, wenn es sich in Freundschaft mit seinen nächsten

Nachbarn befindet. Ich will nicht untersuchen, weshalb sowohl in der inländischen wie in der ausländischen Presse Kriegerufe laut wurden; aber zweifelsohne werden diese bald verschwinden, wenn das kriegerische Material dafür erschöpft ist und wenn man sich anderen Fragen zuwendet. Ohne Zweifel werden dann auch die heißblütigen Naturen, welche sich von dem militärischen Geiste hinreißen ließen, ruhiger und gleichgültiger auf die Dinge sehen, von denen sie sich früher haben hinreißen lassen. Wir wünschen unsern theueren Rußland auf dem Wege friedlicher Entwicklung ein Fortschreiten auf dem Wege, welchen uns unser Herr und Kaiser vorgezeichnet hat.“ Der Redner schloß darauf mit Segenswünschen für den Kaiser und mit einem begeisterten Hoch auf denselben.

Auch in Paderborn ist die Besetzung des Bischofsstuhls jetzt entschieden; die „Germania“ berichtet:

„In der Paderborner Bischofsfrage ist jetzt die Entscheidung erfolgt. Nachdem das Domkapitel auf sein Recht der Wahl eines Bischofs in die Hände des Papstes verzichtet hatte, wählte der h. Vater den Bischofsverweser Dr. Drobe für den Paderborner Bischofsstuhl aus. Hg. Tarnaski, der seit längerer Zeit in Paderborn weilte, wurde am 15. d. M. mit dem kanonischen Informationsprozeß betraut.“

Es ist bemerkenswerth, daß fast überall, wo die Einsetzung eines neuen Bischofs erfolgt ist, dies nur auf dem Wege der Ernennung durch den Papst geschehen konnte, daß die Staatsregierung sich mit den Kapiteln weder in Trier, noch in Breslau oder Paderborn über eine Wahl zu verständigen vermochte. In Fulda und Osnabrück war kein wahlfähiges Kapitel mehr vorhanden.

Zwischen Italienern und Franzosen ist in Tunis eine kleine Kauferei ausgebrochen. Die französische Lesart haben wir bereits mitgetheilt. Eine Depesche der italienischen „Agenzia Stefani“ aus Tunis über den Zusammenstoß zwischen Italienern und dem Grafen Saucy und dem französischen Konsulats-Kanzler schildert die Sache folgendermaßen: In der vergangenen Nacht erschienen der Kanzler des französischen Konsulats und Graf Saucy mit zwei von französischen Juaven eskortirten Italienern in dem italienischen Konsulat und erhoben gegen die Letzteren die Beschuldigung, daß sie von ihnen beschimpft und angefallen worden seien. Die Italiener erklärten, sie seien während eines Spazierganges von einem Individuum, das aus einer in der Nähe befindlichen Menschengruppe auf sie zugekommen sei, mit erhobenem Stod heftig angegriffen worden und, während sie demselben gefolgt, habe einer von ihnen, sowie Graf Saucy Schläge mit dem Stod erhalten. (Etwas dunkel!) Das Konsulat befehlt die Italiener provisorisch in Haft und ersuchte den französischen Konsul, den Grafen Saucy und den Konsulatskanzler, falls sie das geschehene Vorgehen gegen die italienischen Staatsangehörigen wünschen sollten, zur Einreichung einer regelrechten Klage aufzufordern. Im Uebrigen wird der Vorfall wohl nicht zur Verbesserung der Stimmung zwischen Italienern und Franzosen beitragen.

Unter Abänderung der Allerhöchsten Ordre vom 24. April 1873 ist bestimmt worden, daß einem Marinezahlmeister, Unterzahlmeister oder Zahlmeister-Aspiranten der Konsens zur Verheirathung nur dann erteilt werden darf, wenn er den Nachweis eines sichergestellten Einkommens führt, welches mit Einschluß seines Dienstehinkommens mindestens 3000 Mk. jährlich beträgt. Die Annahme bereits verheiratheter Individuen für die Zahlmeisterlaufbahn soll von der Erfüllung dieser Bedingung abhängig sein.

Die Fitterwochen des jungen Königthums Serbien werden bereits durch einen ersten politischen Vorgang getrübt. Die Minorität der Skupstina, bestehend aus den Parteigängern des gestürzten slavophilen Ministeriums Nikits, hatte ihre Unbotmäßigkeit schon bei der Votirung der Adresse auf die Thronrede gezeigt. Von dem Fürsten wegen ihres unangemessenen Verhaltens zurechtgewiesen, setzten die Radikalen alle ihre Hoffnungen auf Diskreditirung des österreichfreundlichen Kabinetts Piottschanac in die Verhandlungen über die Verluste, welche Serbien bei dem Zusammensturz der Union generale erlitten haben soll. Kaum war der Finanzminister Mijatovic aus Paris, wohin er sich zur Klarstellung der Finanzlage der serbischen Eisen-

bahnbaunternehmer begeben hatte, nach Belgrad zurückgekehrt, als das Ministerium von der Opposition mit Interpellationen überschüttet wurde. Die Regierung hielt es indeß für zweckmäßig, da vermuthlich der Stand der Dinge sich noch nicht ganz übersehen ließ, für den Augenblick mit ihrer Antwort zurückzuhalten. Da stellte der Führer der Radikalen, Paskic, am vergangenen Mittwoch die kategorische Forderung an das Ministerium, die verschiedenen Anfragen in Betreff der falliten Pariser Bank und der etwaigen anderweitig angeknüpften Verhandlungen wegen des Baues der serbischen Bahnen innerhalb 24 Stunden zu beantworten, widrigenfalls die Minorität die Skupstina verlassen würde. Die Regierung hat den hingeworfenen Forderungsschuh aufgenommen, indem sie bei ihrem Schweigen verharrte. Darauf haben, wie aus Belgrad vom gestrigen Tage depeßirt wird, 51 radikale Abgeordnete ihr Mandat niedergelegt und es sind bereits Neuwahlen an deren Stelle ausgeschrieben worden. Die Wahlagitatio wird, wie sich voraussehen läßt, eine sehr heftige sein. Es werden nicht bloß die Eisenbahnangelegenheiten zur Sprache kommen, aller Wahrscheinlichkeit nach wird auch die großserbische Frage in den Vordergrund gedrängt werden. Vielleicht ist gerade um deren willen der Austritt der Minorität in Szene gesetzt worden. Was unter „Großserbien“ zu verstehen ist, das hat erst vor wenigen Tagen Nikits in einer Unterredung mit dem Redakteur der „Budapesti Hirlap“ kurz und bündig auseinandergesetzt. Nach der Ansicht des Exministers könne Serbien nicht eher zur Ruhe kommen, als bis es die Herzegowina und Bosnien einverleibt hat!

Ueber die vielbesprochene Audienz, welche Herr von Schölzer beim Papste am 12. d. hatte, wird jetzt der „West.-Z.“ aus Rom geschrieben:

„Dieselbe hatte dieses Mal einen offiziellen Charakter, jedoch erschien der deutsche Diplomat im Vatikan noch nicht als Gesandter, sondern nur als Träger einer außerordentlichen Mission. Herr von Schölzer trug die große Galauniform der Diplomaten und wurde von Monsignor Macchi, dem Zerkmonienmeister Schlag 11 Uhr in den Empfangssaal geleitet, wo der Papst, auf dem Throne sitzend, den Abgesandten des deutschen Reichs empfing. Von dem Inhalt der Unterredung erfährt natürlich Niemand etwas, weil dieselbe bei geschlossenen Thüren unter vier Augen stattfand; man weiß nur, daß dieselbe eine volle Stunde dauerte und daß Herr von Schölzer mit ganz besonderer Begünstigung aufgenommen wurde, was man daraus schließt, daß der Papst ihn einlud, sich neben ihm zur Rechten unter dem Thronbaldachin niederzusetzen. Daß die Unterhandlungen sich übrigens nicht mehr ausschließlich um Personalien drehen, erhellt schon aus dem Umfange, daß mit der per Breve bereits erfolgten Ernennung des Domherrn Drobe in Paderborn zum dortigen Bischof dieselben vorläufig als abgeschlossen zu betrachten sind. Fulda, Hildesheim, Breslau, Paderborn, Osnabrück sind besetzt, nach Münster und Limburg kehren die alten Bischöfe zurück; von Köln und Bosen aber ist keine Rede mehr; seitdem der Erzbischof Melchers den Kardinalshut ablehnte und die Abbanung in Köln verweigerte, wurden wegen dieser beiden Prälaten keine neuen Verhandlungen mehr geführt. Die beiden Sedesvakanten in Mainz und Freiburg i. B. gehören selbstverständlich nicht zur preussischen Jurisdiktion und sind deshalb auch nicht Gegenstand von Besprechungen durch Herrn von Schölzer. Am 17. März dürfte nunmehr das Konsistorium stattfinden, in welchem Leo XIII. auch die Wiederbesetzung der deutschen Bischofsstühle anzeigen wird.“

Vorauß die Informationen des Korrespondenten der „West.-Z.“, insbesondere seine Behauptung, daß die alten Bischöfe nach Münster und Limburg zurückkehren sollen und Herr Melchers den Kardinalshut ebenso wie die Zumuthung einer Abbanung von der Hand gewiesen habe, sich gründeten, wissen wir nicht, und müssen daher die Verantwortung für obige Mittheilungen ihm überlassen.

Die vom Finanzminister Leon Say inspirirte Note der „Debats“, worin das finanzielle Programm desselben von Neuem dahin formulirt wird, daß weder eine Rentenkonversion, noch die Ausgabe neuer Rente, noch endlich der Ankauf der Eisenbahnen durch den Staat erfolgen soll, wird inzwischen, auch abgesehen von der Gambettaschen Presse, vielfach kommentirt. Da das Ministerium Freycinet-Say mit dem erwähnten Programm, wi-



es in dem jüngst der Deputiertenkammer unterbreiteten Budget für das Jahr 1883 zum Ausdruck gelangt, stehen und fallen will, wird die am Dienstag zu ernennende Budgetkommission sich ihrer Verantwortlichkeit voll bewusst bleiben müssen. Der „Temps“ weist bereits darauf hin, daß das vorgelegte Budget nur dann aufrecht erhalten werden könne, wenn die Kammer dem mit den großen Eisenbahngesellschaften abzuschließenden Abkommen beipflichtet, wonach dieselben die ihnen allmählich vorgegeschossenen Beträge in Höhe von 258 Millionen Francs unverzüglich zurückzahlen. Wollte nun aber die Kammer im Widerspruch mit den Vorschlägen der Regierung sich auch nur im Sinne des Ankaufes der Eisenbahnen durch den Staat aussprechen, so würde das erwähnte Abkommen hinfällig und damit die Kabinetskrise eröffnet. In den nicht von Gambetta beeinflussten Kreisen herrscht aber allgemein die Ansicht vor, daß das Ministerium in der Budgetfrage auf eine Majorität zählen kann.

— Prinz August von Württemberg wohnte heute Vormittag zum ersten Male nach seiner Wiederherstellung einer Truppenbesichtigung bei.

#### Ausland.

**Petersburg, 14. März.** Man bemerkt in den letzten Tagen mehrfach, daß sich Beamte des Ministeriums eifrig bemühen, zu erzählen, es stehe der Presse eine neue gute Zeit bevor und es trete eine totale Wendung der jetzt noch herrschenden Zensur-Richtung ein. Was mag damit wohl wieder beabsichtigt werden? Auf irgend ein neues Manöver Ignatiows wird man gefaßt sein müssen, bei welchem es dem Herrn Grafen vielleicht darauf ankommt, den Schein zu erwecken, als schlage er nun, da es thatsächlich zu spät ist, doch ernstlich den Weg der Reformen ein und bedürfe dazu der Presse; vielleicht auch handelt es sich noch einmal um eine geschickte Stunbung der allzu eiligen Projekte der Kriegspartei, sodaß man die Aufmerksamkeit auf etwas Anderes hinlenkt, bis bessere, günstigere Gelegenheiten kommen. Es sind dies eben Konjunkturen, bei denen man sich nicht lange aufhalten kann, denn unsere Aufmerksamkeit ist noch auf andere Dinge gerichtet. In ganz Europa hat man sich wohl des 13. März erinnert und seine Betrachtungen daran geknüpft. Eine Frage hört man fast überall laut werden, nämlich, ob nun endlich der Ulas des verstorbenen Kaisers, den man unterzeichnet auf dem Schreibtisch des Ermordeten fand, in Vollzug gesetzt werden wird, nach einem langen, infaustschweren Jahre und dem Schwinden aller Hoffnungen, nach dem jetzigen System weiter zu kommen. Damals, am 20. März v. J., fand jener Staatsrath statt, dem Alexander II. selbst präsidirte und an dessen Schlusse er sich an die für die Einberufung der beschlossenen Volksvertretung stimmende Majorität wandte mit der Versicherung, daß er mit diesem, den letzten Willen seines Vaters so hoch ehrenden Beschlusse nur einverstanden sei und für denselben danke. Wir wissen ja, warum die Veröffentlichung nachher doch unterblieb und was Alles nachher geschah; Thorheit scheint es, dennoch auch jetzt noch zu hoffen und doch hoffen wir, ja eine Masse von Stimmen werden, wie auf ein gemeinsames Zeichen hin, laut und scheinen eine neue politische Gruppe bilden zu wollen, um energisch zu ordern, daß das wahnsinnige, allen öffentlichen Glauben erschütternde Treiben der Slavophilen ein Ende nehme. Letztere glauben triumphiren zu dürfen, weil auch Wladimir und seine deutsche Gemahlin gehen, und glauben, dem letzten Willen des todtten Kaisers, der so sichtbar auf dem richtigen Wege mit seinen Reformen gewesen, weiter Nichtachtung entgegenzusetzen zu können, aber es ist, als ob im letzten, höchsten Moment der Noth dem Todten ein Rächer erscheinen sollte, um noch einmal feierlich zu mahnen an die Schuld und Sühne. Ist wenn alle persönlichen Rücksichten bei Seite gesetzt sind und nur die Prinzipien gelten, wird der slavophilen Partei ein starkes Gegengewicht geboten werden können, an das sich am Ende doch auch noch der Monarch anschließt, weil er dort die Freiheit wiederfindet, die er jetzt ganz eingebüßt hat. Warten wir nun und sehen wir, ob die jetzt beginnende, wahrscheinlich letzte Generation noch etwas helfen wird. Sie werden an der Haltung der deutschen Offiziere den Status sehr bald abnehmen; vermutlich wird die „Norddeutsche Allgemeine“ entwickeln, daß eine amtliche Gegenwehr Deutschlands gerade jetzt inopportun sei, da die Panславisten dieselbe nur als Forcierungsmittel auf den Zaren und das Volk anwenden würden. Um den Zaren drückt sich der Kampf; so unselbstständig er bisher war, kann dennoch von seinem Entschlusse noch einmal Alles abhängen, aber gefährlich wird dieser stille Parteikrieg immer sein, denn nur zu leicht kann er zum Bürgerkrieg werden, — wenn das Wort Bürger in Rußland erlaubt ist. Jedenfalls wird Herr von Ignatiow einige liberale Konzeptionen machen müssen, schon um den Gegnern nach bekannter Manier die besten Waffen wieder aus der Hand zu nehmen. Vielleicht hängt damit auch schon die Wiedergestaltung des Strafenverkaufs des „Goloss“ zusammen, ein Schritt, der umsomehr auffiel, als noch in den letzten Tagen jede gegen die Slavophilen gerichtete Aeußerung scharf unterjagt worden war und vom Zensurat befreit wurde. Mit grenzenloser Spannung verfolgt man jetzt die Vorgänge auf dem Insurrektionschauplatz im Karst; ich fürchte nur, daß auch diesmal wieder die gemüthlichen Oesterreicher nur zu viel Vertrauensseligkeit besitzen, denn hierher kommen ganz andere Nachrichten, als wie ich sie in Wiener Blättern finde. Man übersieht, daß die Männer aus den sämtlichen besetzten Dörfern verschwunden waren, und daß die ganze Kolonne, die den Vormarsch vollendete, keinen Feind ah, der doch bekanntlich sich früher in beträchtlicher

Anzahl gezeigt hatte. Man weiß ferner vielleicht nicht, daß viele hundert Insurgenten schon seit vierzehn Tagen in Montenegro sind und daß dessen Fürst keine andere Rolle spielt, als der Zar den Panславisten gegenüber, und endlich ahnt man wohl noch nicht, daß die Agitation in Druzeien so fleißig geschäftet habe, daß dort in vier Wochen Alles fertig sein könne. Wo bleibt da die Friedenszuversicht? Im besten Falle wird sich Herr von Ignatiow genöthigt sehen, die „Diversio“ noch um ein Jahr zu vertagen, wenn er, nachdem der Winter ohne große Hungersnoth vorbei, mit den andern Beschäftigungsmitteln, Grenzsperrern bezw. des Exports, Deutschenscheuen und Insurgenten-Komitees, die gierige Meute noch einmal hinhalten kann. — Gott gebe, daß der Zar in der Erinnerung an das vorige Jahr, an den 13. März, und bei der Betrachtung der wieder vor ihn auf seinen Befehl niedergelegten Reliquien seines Vaters sich noch an dessen letzten politischen Willen anschließe und der wieder auftretenden Friedenspartei die Hand biete. (Tribüne.)

#### Provinzielles.

**Stettin, 19. März.** Zur Bestrafung wegen Heblerei genügt, nach einem Urtheil des Reichsgerichts, II. Strafsenats, vom 20. Dezember v. J., die alternative Feststellung, daß der Thäter die durch strafbare Handlung erlangten Sachen an sich gebracht oder zum Abgabe bei Anderen mitgewirkt habe. Eine Mitwirkung zum Abgabe bei Anderen kann schon in jeder Handlung gefunden werden, welche den Abgabe bei Anderen bezweckt, ohne daß mit dem Abgabe selbst schon begonnen zu sein braucht.

— Nach den statistischen Mittheilungen für das Jahr 1880 wurden hierseits 1702 männliche und 1551 weibliche, in Summa 3253 Kinder geboren, davon waren 142 bei der Geburt bereits todt und 413 waren unehelich geboren. Die Eltern der Geborenen waren in 2969 Fällen evangelischer, in 49 Fällen katholischer, in 70 Fällen mosaischer Konfession, in 27 Fällen Dissidenten und in 138 Fällen entpangen die Geburten aus gemischten Ehen. Mehrgeburten kamen im Ganzen 39 vor, in einem Falle Vierlinge, in den übrigen Fällen Zwillinge.

Ehen wurden 682 geschlossen, 57 weibliche Ehebeschleßende waren noch nicht 20 Jahre alt, während im Alter von 50—55 Jahren 11 Männer und 5 Frauen standen, im Alter von 55—60 Jahren 4 Männer und im Alter über 60 Jahren 2 Männer und 1 Frau.

Gestorben sind 1279 männliche, 1101 weibliche, in Summa 2380 Personen, davon waren 1628 unverheiratet, 472 verheiratet, 261 verwitwet, 12 geschieden und bei 7 Personen war der Familienstand nicht zu ermitteln. Die meisten Sterbefälle kamen an Brechdurchfall und Krämpfe vor (je 252), demnächst folgt Lungenschwindsucht (208), Abzehrung (153) und Lungenentzündung (113). Selbstmorde fanden 26 statt, davon 18 durch Erhängen, 4 durch Erschießen, 3 durch Ertränken und 1 auf andere Art. Von den Verstorbenen standen 177 im Alter bis zu 14 Tagen, 735 im Alter von 14 Tagen bis 1 Jahr, 337 im Alter von 1 bis 5 Jahren, im Alter von 5 bis 60 Jahren starben 168, im Alter von 60—70 Jahren 155, im Alter von 70—80 Jahren 103, im Alter von 80—90 Jahren 49 und im Alter von 90—100 Jahren 3. Unter den verstorbenen Kindern befanden sich 185 uneheliche. Die meisten Sterbefälle kamen auf der Laßadie vor (132), demnächst folgt Oberrieth (74), Rosengarten (61), Wallstraße (61), gr. Wollweberstraße (57), Wilhelmstraße (56), Elisabethstraße (55) und Pötkerstraße (54). Im Stadtkrankenhaus starben 228, im Siechenhaus und Armenhaus je 15, im Garbison-Lazareth 5, in der Kinderheil-Anstalt 47, im St. Petri-Hospital 2, in der Diakonissen-Anstalt Bethanien 90 und im Hebeammen-Lehr-Institut 8.

Nach den der Steuer-Verwaltung zugegangenen polizeilichen Meldungen sind im Laufe des Jahres 9451 männliche und 7858 weibliche, in Summa 17,309 Personen als hinzugezogen, 4629 männliche, 3610 weibliche, in Summa 8239 als fortgezogen gemeldet, mithin 9070 mehr zugezogen. Es ergibt sich hieraus, daß die Meldungen der abziehenden Personen in sehr vielen Fällen unterbleiben. Außerdem betrug die Zahl der als unbekannt verzogen Gemeldeten 1092; innerhalb des Stadtbezirks sind 41,983 Personen umgezogen, wobei in dessen die Personen, welche mehrmals umgezogen sind, für jeden Umzug von Neuem mitgezählt worden sind. Die Bevölkerungsziffer der Stadt Stettin ist bei der Volkszählung am 1. Dezember 1880 auf 91,755 ermittelt, während dieselbe 1875 80,972 betrug, so daß seit dieser Zeit ein Zuwachs von 10,783 = 13,32 Prozent stattgefunden. Der größte Zuwachs fand in dem Bezirk vor dem Berliner und dem Königsthor statt, während sich die Bevölkerung in der Altstadt und auf der Laßadie verminderte.

Bei der Volkszählung am 1. Dezember 1880 wurden auf 2573 bebauten Grundstücken 2992 Wohngebäude ermittelt, während am 1. Dezember 1875 nur 2427 Wohngebäude gezählt sind.

Bei den hiesigen Telegraphen-Ämtern sind im Laufe des Jahres im Ganzen 132,900 inländische und 44,275 ausländische Telegramme aufgegeben und dafür 247,051 Mk. Gebühren erhoben; angekommen sind 180,314 Telegramme. Am Schlusse des Jahres waren bei dem Telegraphenamte 57 Beamte und 21 Boten beschäftigt und 54 Apparate im Betriebe.

— Wir brachten kürzlich nach der „Straß. Ztg.“ einen Bericht über einen merkwürdigen alten

Grabstein in der Kirche zu Nossendorf bei Demmin, dessen Inschrift auf die Ermordung des Priesters Gerhard von Lynden, Pleban in Wotenitz, hinwies. Einer unserer Leser schreibt uns in Bezug auf diese Notiz: „Nach Stolle's „Beschreibung und Geschichte der p. p. Hansestadt Demmin p. p.“ (Greifswald 1772) standen bis zum Jahre 1583 den beiden, seit jener Zeit zu einer Pfarre vereinigten Kirchen zu Wotenitz und Nossendorf nebst den zugehörigen Kapellen zwei besondere Prediger vor, welche auf dem Pfarrhofe zu Wotenitz wohnten. Von den Predigern aus der Zeit vor der Reformation nennt Stolle zwei. Er schreibt (S. 423): „Von den Predigern daselbst im Pöbisthum habe nur folgende Namen aufgefunden: 1) 1356. Gerhard de Lynden, Plebanus in Wotenitz. Ist 1356 bei Austheilung des H. Abendmals mit langen Speissen vor dem Altar in Wotenitz öffentlich ermordet, dessen Körper nach Nossendorf gebracht worden, vor dem Altar, und auf seinem noch jezo daselbst vorhandenen Leichenstein, ist derselbe, und die That, von den Mördern lange Spieße in der Hand haltend, vorge stellt, mit der Umschrift: Anno Domini MCCCCLVI. quarto Sabbato ante Jacobi Apostoli interfectus fuit Dn. Gerhard de Lynden, Plebanus in Wotenitze in altari hora missae. Orate pro anima ejus. Warum er ermordet und sein Körper nicht in der Wotenitzer, sondern in der Nossendorfer Kirche begraben worden, ist mir unbekannt geblieben. — 2) 1388. Tynno Brellyn, Presbyter, Rector ecclesiae in Wotenitze. — Hierzu bemerkt Einsender, der jener Gegend entstammt, daß noch heute in den betreffenden Dörfern sich folgende Tradition erhalten habe: „Der ermordete Priester habe die Spinnstuden der bäuerlichen Frauenleute besucht; dies sei den Männern und Liebhabern jener „über“ geworden und deshalb hätten sie ihn getödtet.“

— Der diesjährige zehnte große Stettiner Pferdemarkt, verbunden mit einer großen Verloosung von Pferden, Equipagen u., findet am 20., 21. und 22. Mai statt. Die auszugehenden 50,000 Loose sind von den Banquiers Rob. Th. Schröder in Stettin und Karl Heine in Berlin fest übernommen, und ist somit Garantie dafür geboten, daß eine Reduktion des Gewinnplanes, wie solche bei ähnlichen auswärtigen Lotterien hat vorgenommen werden müssen, durchaus nicht stattfinden kann.

— Am Freitag Nachmittag fiel dem auf dem Dampfer „Schweden“ mit Verladen beschäftigten Arbeiter J. a. s. t. ein mit Getreide gefüllter Sack auf den Rücken, wodurch J. Verletzungen des Rückgrats und der Hüfte davontrug.

— Der Postdampfer „Titania“ ist mit 15 Passagieren in Stettin von Kopenhagen am Donnerstag früh eingetroffen, und mit 21 Passagieren am Sonnabend Mittags nach Kopenhagen zurückgegangen.

#### Kunst und Literatur.

**Theater für heute Stadttheater:** „Carmen.“ Oper 4 Akte. BelleVue: „Unsere Frauen.“ Lustsp. 5 Akte. Montag: Stadttheater: „Boccaccio.“ Oper 3 Akte.

#### Vermischtes.

— Die Deutschen als Pendulenliebhaber ist wie allbekannt ein Lieblingsthema der französischen Spottliter. Dem gegenüber ist es interessant, in der „Blauderei“ genannten Schrift des jüngst verstorbenen Littre: Comment j'ai fait mon dictionnaire de la langue française zu lesen, was dieser unparteiischere Geist seinen Landsleuten von der Ehrlichkeit der Deutschen erzählt. „Gleich der Verlust der ersten Schlachten“, sagt Littre, „bewies mir, daß unsere Befehlshaber ihrer Aufgabe nicht gewachsen seien und es unterlag für mich keinem Zweifel, daß der Kriegeschauplatz sich bis vor die Mauern von Paris hinziehen würde. Ich schloß also, daß die Umgebungen von Paris das Schlachtfeld für unablässige Gefechte abgeben, daß die Dorfschaften der Umgebung (also natürlich auch mein Sommerfrüh Ménil-le-Roi) Vertheidigungs- und Angriffspunkte werden und schließlich in Flammen aufgehen würden. Je lebhafter ich mir diese Zukunftsbilder ausmalte, desto besorgter gedachte ich auch meiner geliebten Bibliothek. Nun denn: ich sorgte umsonst. Ménil-le-Roi wurde von den Deutschen überhaupt nicht besetzt; nur ab und zu kamen sie durch die Drißchaft. Bei einem dieser Streifzüge bemerkten sie, daß mein Haus unbewohnt war: sie erbrachen dessen Thüre und drangen in das Innere desselben vor; zu einem anderen Schaden kam es weiter nicht. Man erzählte mir sogar, daß sie beim Anblick meiner Bücher geäußert haben sollen: „Schöne Bibliothek!“ Festsetzt, daß ich bei meiner (neun Monate nachher erfolgten) Rückkehr alles in vollkommen unverändertem Zustand fand, selbst die Kleidungsstücke, die ich bei meiner eiligen Abreise hastig abgeworfen hatte, lagen noch unberührt auf meinem Bett in dem Arbeitszimmer, das, wie schon erwähnt, gleichzeitig mein Schlafzimmer war.“ So Littre. Freilich kann er verglichen seinen Landsleuten so oft wiederholen wie er will, sie werden nicht ablassen, die Deutschen als Diebe zu verschreien und von Penulen zu wipeln. Die tyrannischsten Göken unserer Zeit sind eben: Schlagwort und Vorurtheil.

— Der am raschesten fahrende Dampfer in der Welt soll ein für die italienische Regierung gebautes Torpedoboot sein, welches neuerdings bei London seine erste Probefahrt machte. Das Boot erreichte eine Schnelligkeit v. 41 Kilometer (51 1/2 deutsche Meilen) in der St. e., während 30—35 bisher für das im besten Falle Erreichbare galten. Diese Schnelligkeit erklärt sich daraus, daß das nur 100 Fuß lange Torpedoboot Maschinen von 500 Pferdekraft besitzt.

— (Ein tief sinniger Ausdruck aus dem ungarischen Reichstage.) Gelegentlich der Debatte über die Matriführung verstieg sich der Rechtsakademie-professor und Abgeordnete Köröfö mit folgendem tief sinnigen Sage: „Die Matrifel müssen vom Staate geführt werden; der Staat muß es in Evidenz halten, wer geboren wird und wer nicht geboren wird.“ Man kann sich leicht vergegenwärtigen, welche Heiterkeit diesem Spruche folgte.

— Fast jedes Dorf in der Türkei, das nicht an einer Hauptstraße liegt und nicht mit einer Karawanserei versehen ist, enthält ein Häuschen, welches ausschließlich zur Aufnahme armer Reisender bestimmt ist, und worin diese für einige Tage unentgeltlich Wohnung und Kost erhalten. Die Kosten dieser Einrichtung werden durch Beiträge der reicheren und wohlhabenderen Einwohner des Dorfes, manchmal auch von Legaten Einzelner gedeckt. Das Haus selbst steht entweder unter der Aufsicht des Dorfschöhen oder einer eigens dafür bestellten Person, die den Titel Oda-Baschi führt und meist ein frommer Greis ist.

#### Telegraphische Depeschen.

**Halle a. S., 18. März. (B. L.)** Bier weitere Garantiefonds-Zeichner zur vorjährigen Gewerbeausstellung sind vom Gericht zur Zahlung der auf sie entfallenden Quote zur Deckung des circa 80,000 Mk. betragenden Defizits verurtheilt worden.

**München, 18. März.** Die Gräfin Schönborn-Wiesentheid, Tochter des deutschen Botschafters Fürsten von Hohenlohe-Schillingfürst, ist heute Morgen an der Diphtheritis gestorben.

**Bern, 18. März.** Die Staatsrechnung pro 1881 ergibt 43,383,026 Frs. Einnahmen und 42,717,493 Frs. Ausgaben; wobei 1,500,000 Francs zur antizipierten Amortisirung der Gotthardbahnsubsidien nicht budgetmäßig eingestellt waren.

**Wien 18. März.** Gegenüber den von auswärtigen Blättern gebrachten Mittheilungen, daß Oesterreich-Ungarn entschlossen sei, Boenien und die Herzogovina zu annektiren, veröffentlicht das „Fremdenblatt“, von Oesterreich-Ungarn sei keinerlei Aenderung der staatsrechtlichen Stellung der okkupirten Provinzen in Aussicht genommen oder gar schon angeregt; insbesondere sei der Botschafter Graf Wolfenstein mit keiner Mission in dieser Beziehung betraut.

Dem „Fremdenbl.“ zufolge ist der diesseitige Gesandte in Bukarest, Graf Hoyos-Sprinzenstein, an Stelle des zum Botschafter in Petersburg ernannten Grafen Wolfenstein als Sektionschef im Ministerium des Auswärtigen in Aussicht genommen. — Nach einer Meldung der „N. Fr. Pr.“ aus Ragusa ist der montenegrinische Minister des Auswärtigen, Radonic, nach Petersburg abgereist.

**Kopenhagen, 18. März.** Das seit 43 Jahren bestehende Journal „Fædrelandet“ hört mit dem 1. April zu erscheinen auf.

**Paris, 18. März.** Gestern verweigerten wieder drei Geschworene die Eidesleistung. Angesichts der Geldstrafen legten sie den Eid ab mit der Klausel: „Alle Rechte meines Gewissens bleiben reservirt.“

**London, 17. März.** Unterhaus. Gort lenkte die Aufmerksamkeit des Hauses auf das der Nord-Borneo-Kompagnie gewährte Patent und beantragte die Aufhebung derjenigen Patentbestimmungen, welche die Sklaverei unter englischer Flagge billigen. Im Laufe der Debatte erklärte der Premier Gladstone, wenn die gedachten Stipulationen gestrichen würden, so würde die Sklaverei doch fort dauern, während jetzt jene Gesellschaft verpflichtet sei, der Sklaverei ein Ende zu machen, sobald dies unausführbar sei. Mit der Niederlassung seien unzweifelhaft Verantwortlichkeiten und Gefahren hinsichtlich der Beziehungen zu den fremden Staaten und den Eingebornen verbunden; dieselben würden aber durch das Patent nicht vergrößert, sondern vermindert, das Risiko, daß Zustände entstehen könnten, welche zu einer Annerion führen, sei immer mit solchen Fällen verbunden, aber solche Annerionen könnten nur verhindert werden, wenn den Engländern auf das Bestimmteste untersagt würde, die Reichsgrenzen zu überschreiten. Die Regierung könne solche Niederlassungen nicht gestatten, ohne gleichzeitig zu versuchen, dieselben zu reguliren; sie mache im gegenwärtigen Falle das Experiment mit einer milden Kontrolle. Der Antrag Gort's wurde schließlich mit 125 gegen 62 Stimmen abgelehnt.

**London, 17. März.** In einer heute von den Inhabern von spanischen 3proz. auswärtigen Schuldtiteln abgehaltenen, zahlreich besuchten Versammlung wurde eine Resolution angenommen, welche der Ansicht des Komite's beipflichtet, daß die vom spanischen Finanzminister Camacho gemachten Vorschläge unannehmbar seien. Als Gründe werden angeführt, daß eine Reduktion der nominalen Schuld um 50 pCt. ohne das Angebot eines dem Opfer an Kapital entsprechenden Äquivalentes vorgeschlagen, daß ferner der Buchstabe und Geist der Konvention vom Jahre 1876 verlegt werde und daß endlich die gedachte Konvention von 1876 keinerlei Stipulation betrefse einer möglichen Reduktion der Schuld, noch auch irgendwelche Hindeutung auf die Eriston der bestehenden Schuldobligationen gegen neue Schuldtitel von geringerem Werthe enthalte.

**Algier, 18. März.** Wie aus Oran telegraphirt wird, haben viele Kolonnen Befehl erhalten, in der Richtung auf Miskair und Bouhair im Donimencia-Gebiet, sowie auf Oued Neures gegen die marokkanische Grenze vorzurücken.

**Newyork, 17. März.** Nach den letzten Nachrichten aus Panama ist bei dem Erdbeben in Costa Rica kein Menschenleben zu beklagen gewesen, ebenso wenig haben namhafte Verwundungen gefunden.